

05.11.2009

Windpark in Kirberg

Skepsis, Unsicherheit, viele offene Fragen und hier und da auch Sorge und Ängste bei den Einwohnern von Kirberg – das kann als Ergebnis eines Bürgertreffens festgehalten werden, das wenige Tage nach der Präsentation des Windparks durch die Vertreter einer Fachfirma im Gasthaus Oppermann stattfand.

Hünfelden-Kirberg. Was sich bei der ersten Informationsveranstaltung (wir berichteten) so «griffig» angehört hatte, ist offenbar noch lange nicht «in trockenen Tüchern». Rund 60 Teilnehmer waren zu einem Bürgertreffen gekommen, um sich über das Windpark-Projekt der Gemeinde Hünfelden intensiver auszutauschen, wozu vielleicht das zeitliche Fenster der Erstveranstaltung nicht ausgereicht hatte. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass noch eine Reihe drängender Fragen gänzlich unbeantwortet sind, zu deren Beantwortung ein unabhängiger Fachmann eingeladen werden soll.

«Der Windpark ist ein Riesen-Projekt für Hünfelden, umfasst wenigstens acht, höchstens 13 Windkraftanlagen im Kirberger Wald an der Grenze zu Ketternschwalbach», stellte Bärbel Leukel, Initiatorin und Moderatorin des zweiten Treffens in ihren einleitenden Worten fest. Neben Teilnehmern aus Hünfelden – darunter eine große Zahl Gemeindevertreter – freute sie sich über das Interesse von Bürgern aus den Hünstettener Nachbarorten und weiteren Gemeinden.

Mehr Geld und weniger Kohlendioxid

Wie man gehört habe, gehe es um Pachteinnahmen der Gemeinde für die Überlassung des Grund und Bodens in sechsstelliger Höhe, außerdem um ebenfalls nicht unbeträchtliche Gewerbesteuer-Einnahmen. Auch sei eine Kohlendioxid-Einsparung in fünfstelliger Höhe prognostiziert. Auf der anderen Seite seien die Flächen für bis zu 25 Jahren, wahrscheinlich länger, blockiert. Man wisse noch wenig über schädlichen Auswirkungen, die von solch großen Anlagen ausgehen, kenne sie in dieser Dimension eigentlich nur in total unbesiedelten Gebieten, wo Schallimmission, Schattenwurf und ähnliche, bekannte Auswirkungen keine Rolle spielten. Aus ihren Gesprächen mit Kirberger Mitbürgern habe sie eine Menge Unsicherheiten herausgehört. «Da wurden ganz neue Stichworte genannt, da kursieren Gerüchte, da war manch einer sehr erstaunt, weil er oder sie zum ersten Mal von einem Windpark hörten.» Eine Vielzahl besorgter Bürgerinnen und Bürger, darunter auch Gemeindevertreter, sei von den Ausmaßen des geplanten Projekts überrascht. Es herrsche überwiegend die Meinung, dass es zu viele offene Fragen gibt, die die Natur und folglich die Lebensqualität der Bürger betreffen.

Parlament soll Beschluss verschieben

Auch Sorgen und Ängste vor negativen Begleiterscheinungen, die von dem Projekt, eventuell auch in gesundheitlicher Hinsicht, ausgehen könnten, seien von Bürgern geäußert worden. Deshalb könne und dürfe noch keine Entscheidung über den Bau des in Rede stehenden Windparks getroffen werden, bis die auch letzte Frage beantwortet sei. Im Sinne einer nachvollziehbaren und transparenten Entscheidungsfindung sollte das Thema von dieser enormen Tragweite in der kommenden Gemeindevertretersitzung von der Tagesordnung abgesetzt werden, denn es gebe noch eine Menge Klärungsbedarf.

Einige der anwesenden Gemeindevertreter erläuterten zunächst den Stand des Projektes in den gemeindlichen Gremien, so Frank Kimpel-Stephan (SPD), der von einem Vorbeschluss in der Gemeindevertretersitzung am 2.

Juli berichtete, nach dem in der November-Sitzung die Entscheidung über die Errichtung eines Windparks und der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes, also die Umzonung von «Waldfläche» in «Fläche für Windkraft», vorgesehen sei. Dr. Hans-Jürgen Zaborowski (FDP) wunderte sich über die «Schnelligkeit des Verfahrens» ebenso wie über die Dimensionen des geplanten Windparks («Monsteranlage») und damit der betroffenen Fläche. Außerhalb der direkt betroffenen Waldfläche seien auch Zufahrtswege bis hin zur B 417 betroffen. Die belastete Fläche sei viel zu hoch; schließlich bestehe schon eine ausreichende gemeindliche Belastung im Hünfeldener Wald durch B 417 und die 380 kV-Hochspannungsleitung. Auch die Auswirkungen der Verlegung von Anschlussleitungen zur Einspeisung der im Windpark gewonnenen Energie ins Netz seien nicht bekannt. Er wies zudem auf die Gefahr hin, dass Investoren durchaus in der Lage seien, die Nutzung von Flächen einzuklagen, wenn die Gemeinde nicht von sich aus aktiv werde.

Wusch: Thema in den Ausschüssen behandeln

Der Gemeindevertreter und Kirberger Ortsvorsteher Karl-Heinz Wusch (CDU) schlug vor, die Problematik erst einmal in den Ausschüssen zu behandeln, warb aber auch für Vertrauen in die Gemeindevertreter. Er betonte außerdem, dass von einer schnellen Entscheidung finanziell einiges abhängen würde. Gemeindevertreter Hans-Hermann Koch (SPD) gab zu bedenken, dass der Regionalplan zwar Ausgleichsflächen für Rodungsflächen vorsehe, die Größe der Rodungsflächen und der Verlust an wertvollem Waldgebiet noch nicht absehbar seien. Gemeindevertreter Peter Makamul (fraktionslos) äußerte Bedenken hinsichtlich der Ausmaße der benötigten Fundamente und der möglichen Auswirkungen auf das Grundwasser. wu

© 2009 Nassauische Neue Presse